

# Antrag Nr. 23-O-12-0003

## SPD

---

### Betreff:

Erbenheim-Süd; Planung, Finanzierung und Bau der beiden Kindertagesstätten (SPD)

### Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat (Sozialdezernat) wird um Stellungnahme zum aktuellen Sachstand gebeten.

Dabei interessieren den Ortsbeirat Erbenheim vor allem folgende Fragen:

1. Sind die benötigten Grundstücksflächen inzwischen - wie vertraglich vereinbart - in das Eigentum der Stadt übertragen worden? Wenn nein, warum nicht?
2. Gibt es eine baureife Planung für die beiden KITA's? Wann werden diese dem OBR vorgestellt?
3. Ist die Finanzierung beider Maßnahmen haushaltsrechtlich gesichert? Wenn nein, wann ist damit verbindlich zu rechnen? Wie verhält es sich mit dem Investitionskostenzuschuss des Gebietsentwicklers?
4. Wann ist mit Bau und Inbetriebnahme der KITA's realistischere zu rechnen?

### Begründung:

Im Schriftsatz des damaligen Dezernenten für Stadtentwicklung und Bau (Stadtrat Kessler) vom 13.07.2020 wurde dem OBR Erbenheim versichert, dass eine bedarfsgerechte Fertigstellung der Kindertagesstätten in Abhängigkeit vom Baufortschritt des Gebiets geplant sei.

Da die Fertigstellung der in Erbenheim-Süd geplanten neuen Wohneinheiten offenbar zügig erfolgt, ist in 2023/2024 zu erwarten, dass mehr als 50 % der Wohnungen bezugsfertig sein werden. Damit besteht auch der Bedarf zumindest für eine KITA.

Dies löst dann auch die Verpflichtung für den Gebietsentwickler aus, den vertraglich zugesicherten Investitionskostenzuschuss zur Teilfinanzierung der KITA's zu zahlen. Voraussetzung ist allerdings, dass seitens der Stadt zumindest mit dem Bau von einer KITA begonnen wurde.

Da uns bisher zu diesem Gesamtkomplex keine Informationen vorliegen, haben wir die begründete Befürchtung, dass zwar die Wohnungen fristgerecht bezogen sein werden, aber die soziale Infrastruktur (insbesondere die KITA's) nicht vorhanden sein wird. Dies ist jedoch für die zuziehenden jungen Familien eine ganz wesentliche Voraussetzung, damit sie sich in ihrem neuen Wohnumfeld wohl fühlen können.

Wir bitten deshalb insbesondere im Interesse dieser Familien und ihrer Kinder um eine überzeugende positive Stellungnahme zu diesem Antrag.

Wiesbaden, 12.01.2023